

HERAUSGEBER

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Der Vorstand
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION

Dr. Wolfram Hoppenstedt (Geschäftsführer),
Dr. Bernd Rother, Dr. Wolfgang Schmidt

© 2004 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Telefon 030/78 77 07-0
Telefax 030/78 77 07-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

GESTALTUNG

Löning Werbeagentur, Berlin

REALISATION UND DRUCK

Druckerei Gieselmann, Bergholz-Rehbrücke

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2004
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-10-5

Peter Glotz

Willy Brandts Charisma

Vortrag anlässlich des Festaktes zum zehnjährigen
Stiftungsjubiläum der Bundeskanzler-Willy-Brandt-
Stiftung am 7. Oktober 2004 im Rathaus Schöneberg

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 11

■ I N H A L T

Willy Brandt –

Stationen seines Lebens 9

Wolfgang Thierse

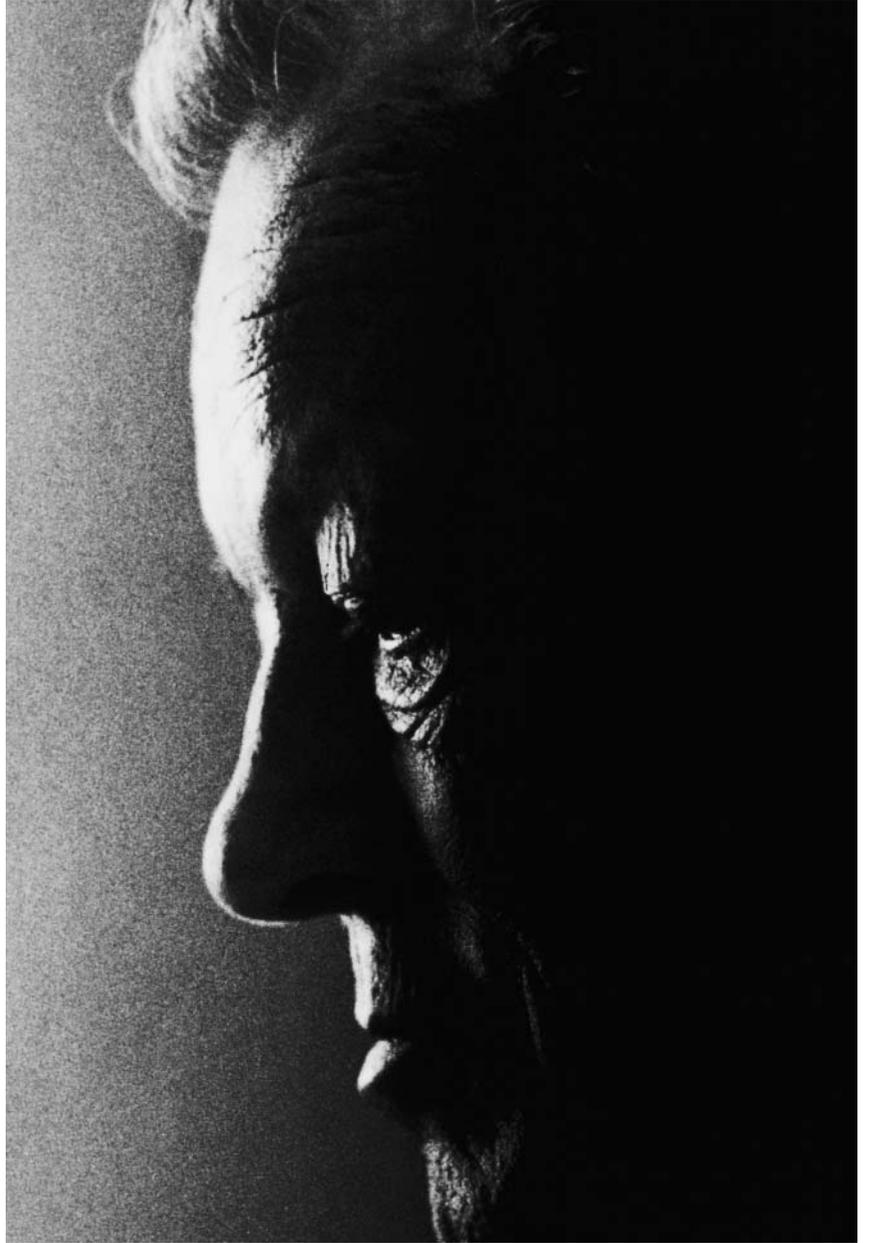
*Grußwort des Vorsitzenden des Kuratoriums
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung* 11

Peter Glotz

Willy Brandts Charisma 17

Dokumentation

*Rede des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt auf dem
Evangelischen Kirchentag in Hannover am 9. Juni 1983* 27



■ W I L L Y B R A N D T

Stationen seines Lebens

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler
1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

■ **BUNDESTAGSPRÄSIDENT
WOLFGANG THIERSE**

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden



Lieber Herr Scheel, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament, sehr geehrter Herr Dr. Vogel, sehr geehrte Frau Kultursenatorin Borns, sehr geehrter Herr Dr. Groß, meine sehr geehrten Damen und Herren,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums möchte ich Sie sehr herzlich zu unserer Festveranstaltung anlässlich des zehnjährigen Stiftungsjubiläums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüßen. Ich freue mich, dass am heutigen Abend so viele Gäste in den Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg gekommen sind.

Wir bedanken uns bei den Mitgliedern des Blechbläser-Ensembles „Classic Brass Berlin“ unter der Leitung von Herrn Gleining, die unseren heutigen Abend in einer besonders angenehmen Weise musikalisch umrahmen.

Unter uns befinden sich auch Gäste aus Italien: Es ist mir eine Freude, den Bürgermeister der toskanischen Stadt Pescia, Herrn Professor Antonio Abenante, und den Präsidenten der dort ansässigen deutsch-italienischen Kulturgesellschaft, Herrn Professor Nino Campagna, begrüßen zu können. Schon seit zwei Jahren bestehen gute Kontakte zwischen unserer Stiftung und der deutsch-italienischen Kulturgesellschaft, die sich in hohem Maße auch dem Andenken Willy Brandts verpflichtet fühlt. Dies hat die erste gemeinsame Veranstaltung in Pescia vor einem Jahr aus Anlass der Sonderausstellung unserer Stiftung zu dem Thema „Willy Brandt und die Berliner Mauer“ eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Wie wir wissen, verfolgen Sie, Herr Professor Campagna, die Absicht, aus der Kulturgesellschaft heraus einen „Willy-Brandt-Kreis“ zu gründen, der ähnliche Ziele wie die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung verfolgen und sich die Wahrung des Andenkens an Willy Brandt zum Ziel setzen soll. Wir wünschen Ihnen für dieses Projekt vollen Erfolg! Es ist ein gutes Zeichen für die über unser Land hinausreichende Wertschätzung Willy Brandts, dass sich zu seinem Gedenken immer mehr Initiativen entwickeln. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die letztjährige Veranstaltung in diesem Hause, wo unser Freund Professor Basil Mathiopoulos, über

dessen Anwesenheit ich mich ebenfalls sehr freue, die in Athen geplante griechisch-deutsche Willy-Brandt-Stiftung vorgestellt hat.

Besonders herzlich möchte ich den Festredner des heutigen Abends, Herrn Professor Peter Glotz, begrüßen. Wir danken Ihnen, lieber Herr Glotz, dass Sie sich bereit erklärt haben, uns Ihre Gedanken zum Thema „Willy Brandts Charisma“ mitzuteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat zwei Jahre nach dem Tod Willy Brandts beschlossen, eine Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung mit Sitz in Berlin zu errichten. Ihr sollte als parteiübergreifender gemeinnütziger Bundesstiftung des öffentlichen Rechts die Aufgabe zukommen, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des Deutschen Volkes und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren. Vor genau zehn Jahren trat das Errichtungsgesetz in Kraft. Etwa ein Jahr darauf, am 26. September 1995, konnte der damalige Bundespräsident Roman Herzog die Mitglieder des ersten Kuratoriums berufen. Zum ersten Vorsitzenden wurden Sie, lieber Herr Scheel, als einer der wichtigsten politischen Wegbegleiter Willy Brandts ernannt. Ich möchte an dieser Stelle nochmals meine Freude zum Ausdruck bringen, dass Sie heute Abend bei uns zu Gast sein können.

Noch am Tage seiner Berufung hat das Kuratorium die Mitglieder des ersten Vorstandes ernannt, der – ehrenamtlich tätig – gleichsam die Spitze der Exekutive unserer Stiftung bildet. Den Vorsitz dieses Gremiums hat auf Vorschlag der Bundesregierung nunmehr seit 10 Jahren Herr Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß inne. Ihnen, Herr Dr. Groß, Ihren Kollegen im Vorstand und natürlich auch den hauptamtlich tätigen Mitarbeitern unserer Stiftung gebührt Respekt und große Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Die Stiftung war zunächst eine – wenn auch durch Gesetz begründete – Konzeption, eine Idee. Sie haben Sie mit Leben erfüllt und eine Institution geschaffen, deren Bilanz sich sehen lassen kann. Seit der offiziellen Eröffnung im Dezember 1996 wurden rund 100 Veranstaltungen im Sinne des Stiftungszweckes durchgeführt, darunter fünf große Festakte und 21 wissenschaftliche Konferenzen – fast ausschließlich mit breiter internationaler Beteiligung. Im Mittelpunkt der von uns herausgegebenen Publikationen steht unser wichtigstes historisches Forschungsprojekt, die Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“. Sieben Bände von den insgesamt zehn wurden bereits fertiggestellt. Dass die Berliner Ausgabe – wie wir es uns gewünscht haben – nicht nur ein Expertenpublikum anspricht, sondern auch eine breite Leserschaft erreicht, begrüße ich sehr. Besonders erfreulich finde ich, dass unsere Stiftung zehn Jahre nach ihrer Errichtung nicht nur im eigenen Land Fuß gefasst hat, sondern auch

international anerkannt und gefordert ist. Dies belegen die vielfältigen Kooperationswünsche bedeutender ausländischer Institutionen aus dem Bereich der Forschung und Bildung.

Dieser Entwicklung entspricht, dass die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung demnächst auch im Norden Deutschlands mit engem Kontakt zu den skandinavischen Ländern vertreten sein wird. Sehr geehrte Frau Borns, Sie haben in Ihrer Eigenschaft als Kultursenatorin der Hansestadt Lübeck gemeinsam mit unserem Vorstandsvorsitzenden den ersten entscheidenden Schritt durch die im norddeutschen Raum viel beachtete Unterzeichnung des Nutzungsvertrages über das geplante Willy-Brandt-Haus getan. Es soll im Herzen Lübecks entstehen – der Stadt, in der Willy Brandt am 18. Dezember 1913 geboren wurde. Wir freuen uns sehr auf die weitere Zusammenarbeit und danken Ihnen, sehr geehrte Frau Borns, dass Sie heute zu uns gereist sind.

Doch nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich dem Festredner zuwenden: Schon 1961 – also vor 43 Jahren – wurden Sie, lieber Peter Glotz, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das war noch lange Zeit bevor es Willy Brandt, dem Parteivorsitzenden seit 1964, dank seines großen Charismas gelingen sollte, nicht nur Zehntausende von Bürgern dieses Landes zum Eintritt in die SPD, sondern zu einem verstärkten politischen Engagement zu gewinnen, das für das Gedeihen unserer Zivilgesellschaft von so herausragender Bedeutung ist. Nach dem Studium der Publizistik und Philosophie waren Sie zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München tätig. Nebenberuflich arbeiteten Sie als Journalist für verschiedene Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten. Und schon bald zog es Sie in die Politik. Anfang der 70er Jahre gehörten Sie als Abgeordneter des Wahlkreises Fürstfeldbruck dem Bayerischen Landtag an und waren dort Sprecher der SPD-Fraktion in hochschulpolitischen Fragen. Die Hochschulpolitik sollte – neben der Medienpolitik – bis heute eines Ihrer herausragenden Interessengebiete bleiben. Nach den vorgezogenen Bundestagswahlen vom 19. November 1972, in denen Willy Brandt seine Partei zu einem historischen Wahlsieg führte, zogen Sie für die SPD in den Bundestag ein. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft setzten Sie sich nachdrücklich für die Bildungschancen der sozial Schwächeren ein.

Nach dem Regierungswechsel in Berlin im Mai 1977 berief Sie der neue Regierende Bürgermeister, Dietrich Stobbe, zum Senator für Wissenschaft. Es gelang Ihnen, die seinerzeit revoltierenden Studenten der Stadt von der Notwendigkeit einer konstruktiven Mitarbeit zu überzeugen. Mit Ihrem Vorschlag, eine neue Berliner Gesamthochschule als „Hochschule neuer Art“ mit Modellcharakter zu errichten, erregten Sie



großes Aufsehen.

Alsbald erreichte Sie jedoch wieder der Ruf der Bundespartei: Im Dezember 1980 wurden Sie auf Empfehlung Willy Brandts als Nachfolger von Egon Bahr zum Bundesgeschäftsführer der SPD gewählt. In diesem einflussreichen Amt, das Sie bis 1987 ausgeübt haben, leiteten Sie zahlreiche strukturelle Verbesserungen in der Partei ein, entwarfen – noch lange vor der aktuellen Reformdebatte – eine „Neue Theorie des Wohlfahrtsstaates“ und riefen zu einer pragmatischen Erneuerung der Sozialdemokratie auf. Als brillanter Analytiker und Theoretiker genossen Sie weit über die Parteigrenzen hinaus hohes Ansehen.

Als Sie im Februar 1987 Ihren Rückzug vom Amt des Bundesgeschäftsführers ankündigten, erklärten Sie gegenüber der Süddeutschen Zeitung, dass Willy Brandt für Sie der „bedeutendste sozialdemokratische Politiker der Nachkriegszeit“ sei und bleiben werde. Sie seien ein Mann Willy Brandts gewesen und würden es auch immer bleiben.

Lieber Peter Glotz, Ihre Stellung als „SPD-Intellektueller vom Dienst“ – wie Sie auch schon hin und wieder mit einem kleinen Augenzwinkern betitelt werden – ist praktisch unangefochten geblieben. Nach der Wiedervereinigung 1990 und Ihrem Rückzug aus der aktiven Politik im Sommer 1996 haben Sie sich in Ihren Reden und Schriften häufig und entschieden gegen einen neu erstarkenden Nationalismus und gegen Fremdenfeindlichkeit gewandt. Herausragende Verdienste erwarben Sie sich als Rektor der 1379 gegründeten und 1994 neu errichteten Universität Erfurt, deren Curriculum Sie nach den Prinzipien „Multidisziplinarität“ und „Internationalität“ ausrichteten. Als Sie Ende 1999 – zum Bedauern vieler – Ihr Amt als Gründungsrektor der Universität Erfurt aufgaben, um den Lehrstuhl für Medien und Gesellschaft an der Universität von St. Gallen zu übernehmen, konnte man mit gutem Recht sagen, dass Sie ein beispielgebendes Reformmodell für die gesamte deutsche Hochschullandschaft geschaffen haben.

Bis hinein in Ihr hochschulpolitisches Wirken waren für Sie Willy Brandts Politik und sein Ideal des demokratischen Sozialismus wichtige Grundlagen Ihres eigenen Handelns und Denkens. Und Sie waren von Anfang an unmittelbarer Beobachter und Zeuge der einzigartigen Begabung Willy Brandts, mit seinen politischen Überzeugungen Kopf und Herz der Menschen zu erreichen.

Daher freuen wir uns darauf, nun aus Ihrer Sicht – zugleich aus dem Blickwinkel eines engagierten Sozialdemokraten – das Geheimnis des Charismas von Willy Brandt zu erfahren.



Am 12. Dezember 1980 wird Peter Glotz vom SPD-Parteivorstand als Nachfolger Egon Bahrs zum Bundesgeschäftsführer der Partei gewählt.

■ P E T E R G L O T Z

Willy Brandts Charisma

In der Alltagssprache kommt das Wort „Charisma“ nicht vor. In der Alltagssprache der Eliten ist Charisma das individuelle Vermögen eines Menschen, Massen zu faszinieren und in seinen Bann zu ziehen. Bei Willy Brandt fallen einem da spontan unterschiedliche Schlüsselszenen ein: die Willy-Rufe auf dem Erfurter Bahnhofplatz 1971, auf die er bewusst zurückhaltend mit einem knappen Winken aus dem Hotelfenster reagierte, die Rede in den Bonner Rheinauen 1984, wo er sich vor hunderttausenden, gegen eine Entscheidung der früheren SPD-Regierung protestierenden Demonstranten der Friedensbewegung Respekt verschaffte, und natürlich der Kniefall im Warschauer Ghetto, eine der großen symbolischen Gesten des 20. Jahrhunderts. Brandt hatte charismatische Autorität auf drei Ebenen: Brandt war – mit Ferdinand Lassalle, August Bebel und Kurt Schumacher – ein charismatischer Parteiführer der SPD, er war – mit Konrad Adenauer – ein charismatischer Kanzler der Bundesrepublik, also ein Staatsmann im nationalstaatlichen Bezugsrahmen, und er war, als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission und der Sozialistischen Internationale, ein charismatischer Führer in transnationalen Bezügen, wie Dag Hammarskjöld, John F. Kennedy, Nelson Mandela. Es gab im Europa seiner Lebenszeit, von 1913 bis 1992, nur eine Hand voll politischer Figuren, die so vielseitig und tiefgehend gewirkt haben.

Nun darf man sich mit dem alltagssprachlichen Charismabegriff nicht zufriedengeben. Vergessen wir die altchristliche Verwendung, auch die bedeutenden Vorarbeiten in Rudolf Sohms Kirchenrecht und konzentrieren wir uns ganz auf die einflussreichste Interpretation, auf Max Weber, der drei Typen legitimer Herrschaft unterscheidet: die traditionale, die sich auf den Alltagsglauben an die Heiligkeit von seit jeher geltender Tradition stützt, die rationale, die vom Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen ausgeht, und eben die charismatische, die auf der außeralltäglichen Hingabe an die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie geschaffenen Ordnungen beruht. Kann man Brandt, der doch in all seinen Arbeits- und Wirkungsbereichen mit Satzungen und nach Satzungen, mit dem SPD-Statut, dem Grundgesetz oder dem Völkerrecht operiert hat, hier überhaupt einordnen? Man kann noch radikaler fragen: Charisma ist bei Weber ein wertfreier Begriff. Er passt haargenau auf

Hitler und Stalin, aber auch historisch auf die Heldenekstase des nordischen Berserkers, der „wie ein tollwütiger Hund in seinen Schild beißt, bis er in rasendem Blutdurst losstürzt“, oder des Homerischen Achill. Charismatische Führer waren der heilige Franz von Assisi, im Zweifel aber auch Heerführer, Seeräuber oder der Mormonengründer. Wie passt der allzeit zivile, gesetzte Ordnungen selbstverständlich akzeptierende demokratische Politiker Willy Brandt in diese Reihe?

Das Geheimnis liegt im methodischen Instrumentarium des Idealtypus. Wer nur den „reinen“ Typus charismatischer Herrschaft sucht, landet bei Schamanen, Religionsgründern, Propheten, in der modernen Politik bei den alle rationalen Ordnungen beiseite schiebenden Diktatoren totalitärer Systeme. Wer sich aber auf die komplizierten Mischungsverhältnisse der Realität einlässt, wird Massenenthusiasmus, außeralltägliche Hingabe, Vertrauen zum Führer, Anerkennung durch die Beherrschten auch in Gesellschaften finden, die wie moderne westliche Demokratien dem Typus rationaler Herrschaft zugehören. „Charisma“, sagt Max Weber, „soll eine als außeralltäglich geltende Qualität einer Persönlichkeit heißen, um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften begabt oder als Gott gesandt oder als vorbildlich und deshalb als Führer gewertet wird.“ Lassen wir die auch nur als mögliche, nicht notwendige Elemente der Definition genannten Begriffe übernatürlich, übermenschlich und Gott gesandt weg, so passt der Charismabegriff auf den großen Transformator der alten Arbeiterbewegung in eine moderne Massenpartei: auf Willy Brandt.

2.

Wo lag das Charisma Brandts? Wie äußerte es sich? Nähern wir uns dieser Frage zuerst einmal mit Hilfe von Biografen und Zeithistorikern. Martin Wein, der über den jungen Willy Brandt ein Buch unter dem Titel „Das Werden eines Staatsmannes“ geschrieben hat, betont als Boden, aus dem das Charisma wuchs, das lange Leben der „Umwege und Kämpfe durch Exil, Intrigen und Sinneswandel“. Brandts Wirkung habe unter anderem darauf beruht, dass er mehr Erfahrungen als die allermeisten deutschen Sozialisten gemacht habe. Wörtlich: „Gerade das intensive Erleben radikaler Gesellschaftsentwürfe und Handlungskonzepte bestärkte ihn allmählich, entschlossen für eine freiheitliche Grundordnung einzutreten, und verlieh seiner Forderung ‚mehr Demokratie wagen‘ persönliche Überzeugungskraft.“ Die kritischen Sozialdemokraten und die außerparlamentarische Linke mussten anerkennen, dass dieser Brandt aus ihrer Ecke gekommen war und sich von dort zu einer westlichen



Auf einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn im Februar 1982

zivilen reformistischen Position durchgearbeitet hatte. Dazu kam, nach Wein, die „sittliche Komponente“, die ihn über das Heer der Interessenvertreter und Parteisol- daten hob. Der Autor weiter: „1972 proklamierte Brandt als SPD-Chef ganz und gar die Compassion, die Bereitschaft zum Mitleiden mit dem Nächsten als sozialdemo- kratische Tugend. Nicht zuletzt diese Verknüpfung von Politik und Ethik schuf im Unterbewusstsein seiner Anhänger das Charisma Willy Brandts.“

Ähnlich urteilt Joachim Fest, den Brigitte Seebacher in ihrem Brandt-Buch ausführ- lich zitiert. Er hebt einmal Brandts untrügliches Gespür für die Wendepunkte im histo- rischen Prozess hervor. Das ist zum Beispiel sein Sinn für die richtige symbolische Geste, inkarniert besonders im Warschauer Kniefall. Dazu aber würdigt Fest „Ab- stand“, der immer spürbar gewesen sei, auch zur eigenen Partei. Brigitte Seebacher interpretiert Fest so: „Abstand bedeutet Reflexion. Wer sich die leistet, übt Anzie- hungskraft aus, zumal auf die junge Generation. Joachim Fest unterstreicht die ein- zigartige Gabe des Tribünen Willy Brandt, Emotionen herauf- oder auch herabzustim- men. Wie kann ein solcher Einzelgänger so hoch steigen und so viele Einverständ- nisse zur breiten Öffentlichkeit herstellen?“ Und dann das Urteil Brigitte Seebachers: „Womöglich ist Joachim Fest dem Geheimnis der Wirkung Willy Brandts sehr nahe gekommen.“ In diesem Punkt hat sie Recht.

3.

Zur zweiten Annäherung benutze ich eigene Beobachtungen, niedergelegt zu einer Zeit, als ich Brandt zwar kannte, aber noch nicht in der Nähe mit ihm zusammenge- arbeitet hatte, 1979. In meinem politischen Tagebuch „Die Innenausstattung der Macht“ habe ich formuliert:

Zur Wirkung des Politikers auf Menschen: Ich habe lange gebraucht, bis ich gelernt habe, dass die meisten Leute wenig danach fragen, was man sagt. Sie spüren instink- tiv, ob man sicher oder unsicher ist. Das, was der Politiker sagt, ist zweitrangig. Sie benutzen all ihre Sinne, um herauszubekommen: Wer ist der? Was für eine Geschichte erzählt er? Das ist unter anderem der Grund, warum man in aller Regel alt werden muss, um Macht auszuüben. Weil man Zeit braucht zu den Niederlagen, die die Leute im Gesicht, im Blick des Politikers erkennen wollen. Der Brandt, der 1961 gegen Konrad Adenauer antrat, erzählte noch keine Geschichte; er war die Verkörperung einer Karriere. 1972 war das anders. Da trat eine Karriere (Barzel) gegen eine Geschichte (Brandt) an. Die Geschichte gewinnt immer.

Die zweite Beobachtung ist ein Vergleich zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt, der möglicherweise in der Rolle des CEO der Deutschland AG tüchtiger war als Brandt. Im Tagebuch heißt es:

Ich habe Helmut Schmidt, seit ich ihn das erste Mal in der großen Wehrdebatte des Bundestages in den fünfziger Jahren gehört habe, bewundert; er war und ist einer der wenigen, die eine präzise Vorstellung vom Handlungsspielraum eines Berufspoliti- kers in einem parlamentarischen System haben und diese Vorstellung auch rück- sichtslos formulieren. Dieser Handlungsspielraum ist verzweifelt gering – und es ist unehrlich oder dumm, die Leute darüber im Unklaren zu lassen. Schmidt hat sich immer der Pflicht unterzogen zu sagen, was geht, und was nicht geht.

Ich versuche zu verstehen, was ihn zu seinem bewusst abgemagerten Politikbegriff nötig; ist es sein Protestantismus? Schmidt weiß – und damit hat er Recht: Der Politiker muss froh sein, wenn er von dem Volk, für das er arbeitet, die ganz großen Übel abwenden kann: Hunger, Krieg, Bürgerkrieg, Verlust des Rechtsstaats, Abstieg in die Inhumanität. Er schließt daraus: Deswegen kümmere ich mich um die ökonomischen Lebensgrundlagen des Staates; wie ihr lebt, müsst ihr selber wissen.

Oscar Wilde hat einmal gesagt: ‚Lieber Gott, bewahre mich vor den körperlichen Schmerzen. Mit den seelischen werde ich schon selber fertig.‘ Im Sinne dieses Aperçus bewahrt der Regierungschef Schmidt sein Volk vor den körperlichen Schmerzen und sagt: Mit den seelischen müsst ihr schon selber fertig werden. Ich glaube, Seele und Körper hängen enger miteinander zusammen, als Oscar Wilde zugab.“

Willy Brandt hat diesen Zusammenhang von Seele und Körper instinktiv gespürt. Er konnte den Menschen auch vermitteln, dass er ihn spürte und dass er aus diesem Gespür eine Erkenntnis machen konnte, eine Diagnose, vielleicht sogar eine Therapie.

4.

Joachim Fests Bemerkung, Willy Brandt habe ein untrügliches Gespür für die Wendepunkte im historischen Prozess gehabt, ist unbestreitbar. Das war nicht nur die Begabung zur öffentlichen Rede, zur freien Rede und zur Anverwandlung vorfor- mulierter Redetexte. Es war sein Sinn für die richtige Verflechtung von Politik und Theatralität, für die Sinnproduktion und Identitätsstiftung in einer Massendemokra-

tie. Willy Brandt nutzte zur Durchsetzung seiner Ziele sinnliche und zeichenhafte Handlungen, er machte, im heutigen Politikjargon, „symbolische Politik“. Damit erreichte er die Gefühle seines Volkes.

Nun hat symbolische Politik heute eine schlechte Presse. Zu oft wurde versucht, symbolische Politik an die Stelle von realer Politik zu setzen. Der Krönungsparteitag von Leipzig, auf dem Gerhard Schröder zur Spitzenfigur ausgerufen wurde, kann als Beispiel für „Spin Doctor-Symbolik“ gelten. Brandt war ein Realist. Nichts ist dümmer als der Spitzname Willy Wolke. Brandt ließ sich auch, allerdings nur begrenzt, in Inszenierungen einbinden. Ich selbst habe als Brandts letzter Bundesgeschäftsführer manche solcher Inszenierungen verantwortet. An den Wendepunkten aber duldet er keine Werbeideen. Der Warschauer Kniefall war seine Eingebung, kein Rollenspiel.

Einerseits: Die Aburteilung symbolischer Politik ist falsch. Symbolische Politik ist mehr als Schein und bloße Show. Symbolische Politik stellt ein Instrumentarium bereit, um Sinn in der Politik zu stiften. Andererseits: Brandt war kein durch Berater gesteuerter Darsteller, sondern ein Medium, das zwischen Zeitgeist und Publikum vermittelte. Er brauchte keine Regisseure, duldet sie auch nur beim Arrangement des Bühnenbilds. Brandt war ein beherrschter, verbindlicher, diskursiver Mann, ein Herr, aber gleichzeitig ein verschlossener, seine Gefühle verbergender, seine Enttäuschungen verschluckender Mann. Wenn das Charisma durchbrach, ging er schlafwandlerisch auf dem Dachfirst. Niemand von uns erreichte ihn dann.

Aber er ist nie vom Dach gefallen. Vergessen wir nicht: Jede Ausbildung von Massenenthusiasmus, der zu blinder Gefolgschaft führen konnte, erschien uns Deutschen nach 1945 als Sünde. Natürlich war Max Webers Charismakonzept ein Ausfluss der Persönlichkeitstheorie Nietzsches. Weber wollte an das große Individuum glauben, das die Chance gab, dem stählernen Gehäuse der Bürokratie zu entfliehen. Brandt löste, spätestens bei der Bundestagswahl vom November 1972, Massenenthusiasmus aus, paradoxerweise aber für Versöhnung statt für Aggression. Er gab ein Viertel des deutschen Staatsgebietes aus guten Gründen auf – und erreichte dafür eine historische Mehrheit, auch bei denen, die unter dieser Gebietsabtretung gelitten hatten und noch weiter litten. Vergleichbares hat nur Adenauer zustande gebracht: mit der Accolade, der feierlichen Umarmung mit Staatspräsident Charles de Gaulle 1962 im Dom von Reims. Die Accolade und der Kniefall von Warschau sind die Gesten, von denen die Bundesrepublik lebt. Pathos, kann man sagen. Notwendiges Pathos.



Willy Brandt und Peter Glotz im Jahre 1984

Charismatische Autorität hat auch ihre Kehrseiten. „Reines Charisma“, sagt Weber, ist wirtschaftsfremd. Es konstituiert, wo es auftritt, einen „Beruf“ im empathischen Sinne des Wortes, als „Sendung oder innere Aufgabe“. Es verschmäht und verwirft, im reinen Typus, die „ökonomische Verwertung der Gnadengaben“. Nun trat das Charisma Brandts oder Kennedys nicht als „reiner Typus“ auf. Aber es kann kein Zweifel bestehen, dass Brandt sich mehr für die emotionale Vergemeinschaftung als für die möglichst geschickte und nützliche Vergesellschaftung seines Volkes interessierte. An den Konflikten mit Helmut Schmidt, Karl Schiller und Alex Möller könnte man das darstellen.

Die zweite Problematik liegt in der Versachlichung und Veralltäglicung des Charismas. Bestimmte Organisationen haben das mit „Erbcharisma“ zu lösen versucht. Ein Beispiel ist der Dalai Lama. Auf die SPD war das nicht so recht übertragbar. Irgendwann, in den Wiedervereinigungskontroversen um 1990, hat der Lieblingsenkel der frühen achtziger Jahre, Oskar Lafontaine, gesagt: „Gegen Willy Brandt“ – der damals längst aus der aktiven Politik ausgeschieden war – „kann man die SPD nicht führen.“ So war es wohl. Aber auch ohne ihn, ohne diverse Kontroversen mit ihm, war es schwierig, wie man der Riege der Kurzzeitvorsitzenden nach Brandt ansehen kann. Auch dafür gibt es einen passenden Satz Max Webers: „Das allgemeine Schicksal aller Parteien, die fast ausnahmslos als charismatische Gefolgschaften, sei es legitimer, sei es cäsaristischer Prätendenten, Demagogen, Perikleischen oder Lassalleischen Stils beginnen, ist es, wenn sie überhaupt in den Alltag einer Dauerorganisation ausmünden, sich in ein durch Honoratioren geleitetes Gebilde umzuformen.“

Die SPD ist in den Alltag einer Dauerorganisation ausgemündet, nach Lassalle, auch nach Brandt, aber sie ist eben auch ein durch Honoratioren geleitetes Gebilde geworden, wobei ich einigen dieser Honoratioren, Franz Müntefering zum Beispiel, meine größte Hochachtung ausspreche.

Es war nicht leicht, nach Willy Brandt die SPD zu führen. Es ist immer noch nicht leicht.

■ D O K U M E N T A T I O N

Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover am 9. Juni 1983¹

„Frieden und Macht – die Tragik der Mächtigen“

Was ist Macht in unserer Zeit? Ja, was ist das! Stimmt die gewissermaßen klassische Definition, derzufolge es sich bei Macht um die Fähigkeit handelt, andere, gegebenenfalls auch gegen deren Willen, zu einem bestimmten Handeln zu zwingen?² Macht der Ideen, des Glaubens, der Überzeugungen – auch der Verzweiflungen – sollte es demnach nicht geben? Ich habe da, was die Begriffsbestimmung angeht, meine erheblichen Zweifel. Und wer sind, was sind die Mächtigen, über deren vermutete Tragik ich hier etwas sagen soll?

Lassen Sie mich mit der Erinnerung an zwei Männer beginnen, die ich Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre in Amerika kennenlernte, denen ich mich nahe fühlte, die mich auch in Berlin besuchten: John F. Kennedy³ und Martin Luther King⁴ – jeder auf seine Weise ein Hoffnungsträger jener Jahre, beide das Opfer von Mordanschlägen, und doch nicht nur durch Hautfarbe und Besitz und dadurch unterschieden, daß der eine Katholik war und der andere Baptist, sondern vor allem auch durch die höchst unterschiedliche Art des Einflusses, der von ihnen ausging.

Da gibt es nun nichts zu deuteln: Der Mächtigere der beiden war damals, Anfang der sechziger Jahre, der junge Präsident der durch den Krieg gewaltig gestärkten Weltmacht USA. Nicht von ungefähr ist manches lebendig geblieben von dem, was er sich vorgenommen hatte. Es sind ja nicht nur seine Irrtümer – ich nenne den Vorlauf

¹ Vorlage ist das Manuskript der Rede, das vorab veröffentlicht wurde, in: Sozialdemokraten Service Presse Funk TV vom 9. Juni 1983. Die hier vorgenommene Kommentierung erstellte Dr. Wolfgang Schmidt, für die Abschrift des Textes sorgten Sylvia Wilbrecht und Marcel Schmutzler. Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung dankt Dr. Uwe Mai, Berlin, für den Hinweis auf diese Rede.

² Brandt bezieht sich hier auf Max Webers Definition. Demnach bedeutet Macht „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972, S. 28.

³ Mit John F. Kennedy (1917-1963) war Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin erstmals im Februar 1958 in Washington D.C. zusammengetroffen. Dort fanden im März 1961 und im Oktober 1962 zwei weitere Begegnungen statt. Der US-Präsident besuchte Berlin am 26. Juni 1963.

⁴ Der schwarze Bürgerrechtler Martin Luther King (1929-1968) besuchte Berlin im Oktober 1964 und eröffnete die Berliner Festwochen.

zu Vietnam ⁵ –, an die wir uns erinnern. Es ist auch und gerade sein Aufbegehren gegen die Erstarrung, sein versuchter Aufbruch zu den „new frontiers“, den neuen Horizonten. Es ist vor allem seine gegen viel ignoranten Widerstand vertretene Einsicht, daß der Frieden im Zeitalter der Atomwaffen nicht mehr nur gegen, sondern daß er mit dem Widersacher zu sichern ist. Daß man verhandeln und sich vereinbaren muß, wenn man nicht gemeinsam untergehen will. ⁶

Der Gedanke, daß Partnerschaft gesucht und begründet werden muß, wenn extreme Vernichtung von den Menschen abgewendet werden soll, dieser Gedanke begleitet uns schon seit einiger Zeit. Er hat mittlerweile eine begrenzte Macht über die Köpfe gewonnen.

Der dunkelhäutige Pfarrer aus dem amerikanischen Süden hatte keine staatliche, keine unmittelbar politische Macht. Höchstens eine eher bescheidene, nämlich jene, die uns gegeben ist, wenn wir in einem Land leben, in dem – nicht nur im Sinne von Akklamation – gewählt wird. Kennedy wäre nicht gewählt worden, wenn ihm King nicht eine stattliche Zahl „schwarzer“ Stimmen zugeführt hätte. Nun frage ich mich und uns alle: Ist es so sicher, daß der eine mit der gewaltigen Macht, über die aufgrund der Verfassung ein Präsident im Weißen Haus verfügt, mehr bleibenden Einfluß ausgeübt hat als der andere, der ein Machtfaktor wurde, ohne Macht auszuüben – durch den moralischen Gehalt seiner Sache und den gemeinsamen Gang mit vielen anderen?

Ich spreche von der Bürgerrechtsbewegung. Deren Aufbruch ist kaum mehr als zwanzig Jahre her. Das Wahlrecht der Farbigen war in den Südstaaten keineswegs garantiert. Rassentrennung in den Schulen war gang und gäbe. Und selbst in der Hauptstadt, nicht im tiefen Süden, konnte man sich leicht davon überzeugen, daß es nicht nur an „besseren“ Lokalen ganz unverhüllte Hinweise auf Apartheid gab.

Die Kraft, die Macht, die das änderte, verkörperte sich in Martin Luther King, und die Bewegung für gleiche Bürgerrechte war getragen von den Diskriminierten selbst, ebenso wie von einer aufgeklärten Minderheit solcher, die sich getroffen fühlten, wo der Bruder und die Schwester afrikanischen Ursprungs – oder andere, die im Gesamtstaat Minoritäten waren – zurückgesetzt und beleidigt wurden. Die Lehre vom

⁵ Kennedy entsandte 1961 3200 so genannte Militärberater der USA nach Südvietnam, um der dortigen Regierung in ihrem Kampf gegen die von Nordvietnam unterstützten kommunistischen Rebellen zu helfen. Dies wird als der Beginn des militärischen Engagements Amerikas in Vietnam betrachtet. Drei Jahre später begann der Vietnamkrieg (1964-1975).

⁶ Brandt spielt insbesondere auf Kennedys „Friedensrede“ an der American University in Washington D.C. am 10. Juni 1963 an.

staatsbürgerlichen Ungehorsam, von der gewaltfreien Aktion, wurde dort nicht begründet, doch sie bewährte sich erneut. ⁷

Diejenigen, die Macht ausüben, sind oft ohnmächtiger als andere meinen oder als sie selbst wissen. Sie werden, so sie bei Sinnen sind, hin- und hergerissen – jedenfalls weiß ich mich so zu erinnern – zwischen Zweifel und Zuversicht, zwischen Hoffnung und Resignation.

Hier ist heute und in diesen Tagen viel vom Jona-Buch des Alten Testaments die Rede. In der Beschreibung des Jona – Jonas, wie wir früher lernten –, der, vom großen Fisch – Walfisch wie es früher hieß (da mögen die Zoologen sagen, was sie wollen) – verschlungen, drei Tage und Nächte im Bauch des Tieres zubringen mußte ⁸ – ich kann darin durchaus eine übertragene Beschreibung von Situationen erkennen, die man selbst durchgemacht hat.

Gerade wer ein Stück staatlicher Macht auszuüben hatte, sich dabei nicht über Gebühr wichtig nahm und sich auch nicht allzu sehr verbiegen ließ, der macht sich über die Grenzen des vernünftig durch Macht Machbaren keine Illusion. Ich habe häufig genug erfahren, wie sich nicht selten mächtig dünkte, wer in Wirklichkeit seine Ohnmacht und Hilflosigkeit und Unvernunft nur mühsam, oft allerdings besonders lautstark zu überspielen suchte.

Ich muß es eher unangenehm komisch denn tragisch nennen, wenn Leute aufgrund eingebildeter, nicht einmal entlehnter Macht den Eindruck erwecken möchten, mächtig zu sein. Freilich können sie immer noch damit rechnen, daß allzu selten ein unbefangenes und unerschrockenes Menschenkind – wie das in H. C. Andersens Märchen – darauf aufmerksam macht, daß der Kaiser gar keine Kleider an habe – jedenfalls nicht die, denen die Leute staunende Bewunderung zollen. ⁹ Wir müssen vorsichtig sein, die Tragik der Mächtigen – von der das mir gestellte Thema handelt – mit tragischer Wirkung im literarisch-dramatischen Sinne gleichzustellen. Letztere setzt die Charaktergröße des Helden voraus. Ich habe nachgelesen, daß noch im Jahrhundert

⁷ Der von Martin Luther King vertretene gewaltfreie Widerstand berief sich auf den Führer der indischen Freiheitsbewegung Mahatma Gandhi (1869-1948).

⁸ Nach der Bibel hatte der Prophet Jona von Gott den Auftrag erhalten, der Stadt Ninive den Untergang anzukündigen, wenn sie sich nicht ändere. Aus Angst um sein Leben versuchte Jona daraufhin mit einem Schiff zu fliehen. Das Schiff geriet jedoch in einen Sturm, und die Seeleute warfen Jona ins Wasser, wo ihn ein großer Fisch verschluckte. Nach drei Tagen wurde er von dem Fisch wieder an Land gesetzt. Nun befolgte Jona den göttlichen Auftrag und rettete Ninive, da seine Predigt die Menschen zur Umkehr veranlasste. Siehe auch unten.

⁹ Gemeint ist das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ von Hans Christian Andersen (1805-1875).

nach „unserem“ Martin Luther¹⁰ wirkliche Tragik nur erhabenen Personen zugestanden wurde; demzufolge sprach man von „Fallhöhe“. Da geriete man heutzutage mit manchen Charakterzügen in erhebliche Schwierigkeiten.

Ich möchte von dem sprechen, was einige von uns nicht nur Friedenspolitik nannten, sondern wozu wir – nach bitterer Erfahrung und ohne ungebührliches Wunschenken – unseren eigenen Beitrag leisten sollten und auch leisteten. So saß ich eines Tages im Kreml – und später an anderen Orten – dem anderen der beiden angeblich mächtigsten Männer dieser Erde gegenüber.¹¹

Es ging darum, Spannungen abzubauen und über die Gegensätze hinweg, die in Deutschland spürbar sind wie kaum irgendwo, gemeinsame Interessen aufzuspüren und – vielleicht sogar Vertrauen zu schaffen. Natürlich gestützt auf die gedeihliche und möglichst vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Westen. Selbstverständlich mit der Rückendeckung, nicht hinter dem Rücken des Bündnisses, von dem unsere Bundesrepublik ein Teil geworden war.

Halten wir uns nicht bei den armen Bösen auf, die unsereins zum Verräter machen und als Agenten stempeln wollten. Von vermeintlichen Realpolitikern, deren Realitätssinn sich darin erschöpfte, vergangenen Denkgewohnheiten anzuhängen, mußte man sich anhören, man sei „blauäugig“, was immer das heißen mochte; sie meinten wohl, man sei nicht hinreichend rückwärtsgewandt.

Sie hatten nicht begriffen, viele wollen immer noch nicht begreifen, daß sich damals – wohl auch schon früher – Chancen abzeichneten, jedenfalls andeuteten, die nicht richtig abgeklopft worden sind, geschweige denn genutzt werden konnten. Insoweit geht es mir, wie es Gustav Heinemann ging, in seinem Rückblick auf die allerersten Jahre unserer Republik.¹²

Ich will von Leonid Breschnew sprechen, jenem einen von den beiden mächtigsten Männern. Und niemand glaube, ich hätte mich von dem bei ihm, wie auch von anderen registriert, zweifellos vorhandenen ehrlichen Friedenswillen über Gebühr beeindrucken lassen. Die rabiaten Eigenheiten russisch-sowjetischer Großmachtspolitik

waren und sind nicht zu übersehen, die dort übliche Art von Rückerinnerung mit daraus begründeten Sicherheitsbedürfnissen auch nicht. Trotzdem: mit dem Mann im Kreml und denen, die er repräsentierte, war über mehr zu reden als über eine Begrenzung der Menge von Atomwaffen (– von denen wir ja nicht mal welche hatten und die die Großen nie nach unten, sondern gelegentlich nur nach oben festzuschreiben imstande waren).

Der Beginn aktiver Friedenspolitik war seinerzeit möglich, obwohl die eingespielten Regeln des außenpolitischen Spiels strapaziert werden mußten. Damals kam uns zugute, daß sich gemeinsame europäische Interessen anzudeuten begannen, ohne mit den Interessen der nuklearen Weltmächte zu kollidieren.

Es war im Frühherbst 1971: Auf dem Flugplatz von Simferopol nahm mich der Generalsekretär allein in Empfang. Es war, nach den nicht immer leicht zu verstehenden Regeln des Protokolls, ein nicht offizieller, sondern offiziöser, halb-persönlicher Besuch.¹³ Wir saßen nebeneinander im Auto, auf dem Weg herunter zum Schwarzen Meer, da legte Breschnew seine Hand auf mein Knie und sagte, ohne daß ich ihn zu diesem Thema herausgefordert hätte: „Ich verstehe Sie ja, Willy Brandt, was die deutsche Frage angeht, aber wir können beide nichts – oder sagte er sogar: jetzt nichts? – daran ändern.“¹⁴

Ich will jetzt nicht deutlicher darüber werden, wer von uns nicht konnte, was er wollte und wer nicht wollte, was er konnte. Jedenfalls: Mehr, als es die meisten ahnten, kreiste das Denken bei solchen Gelegenheiten um das, was uns Deutschen – in beiden Staaten – der grandiose, auch nationale Verrat der Hitlerei hinterlassen hatte. Es war zunächst nicht mehr drin, als – womit wir Anfang der 60er Jahre in Berlin begonnen hatten – besonders krasse Auswüchse der Teilung Deutschlands zurückzudrängen.¹⁵ Antworten auf besondere Härten für die Menschen zu finden. Dem ist, im Verhältnis zwischen den Deutschen in den beiden Staaten und in Berlin, einiges hinzugefügt worden, was wir nicht mehr missen wollen, sondern erweitert und stär-

¹⁰ Martin Luther (1483-1546), deutscher Kirchenreformer.

¹¹ Brandt meint seine erste Begegnung mit dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid I. Breschnew (1906-1982), im Kreml anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970. Vgl. Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, bearb. von Frank Fischer, Nr. 41 (erscheint im März 2005).

¹² Gustav Heinemann (1899-1976) amtierte als Bundespräsident von 1969 bis 1974. Im Oktober 1950 war er als damaliger Innenminister der CDU aus Protest gegen Adenauers Pläne für einen westdeutschen Wehrbeitrag von seinem Amt zurückgetreten, da er befürchtete, damit werde die deutsche Wiedervereinigung unmöglich gemacht. Seit 1957 gehörte Heinemann der SPD an.

¹³ Gemeint ist Brandts Treffen mit Breschnew auf der Krim vom 16. bis 18. September 1971. Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 6, Nr. 57-61.

¹⁴ In seinem Vermerk zu diesem Gespräch am 16. September 1971, das während der Fahrt von Simferopol nach Oreanda stattfand, hielt Brandt einen Tag später fest: „In Verbindung mit einer Erwähnung der DDR-Führung überraschte es mich, [Breschnew] unbefangen darstellen zu hören, wie sehr er verstehe, dass mich ‚die Spaltung Deutschlands‘ beschäftige. Aber: weder er noch ich, sondern Hitler sei dafür verantwortlich.“ Berliner Ausgabe, Bd. 6, Nr. 57.

¹⁵ Brandt bezieht sich auf Familienzusammenführungen in Härtefällen nach dem Mauerbau in Berlin und mehrere Passierscheinabkommen zwischen dem Berliner Senat und der Regierung der DDR zwischen 1963 und 1966.

ker verankert sehen möchten. Und so wahr es ist, daß es isolierte, von der Zukunft Europas getrennte Antworten auf die deutschen Fragen nicht gibt, so viel gäbe es doch zu tun, um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Menschen gedeihlicher zu gestalten. Und aus dem ja mir durchaus geläufigen Satz, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf¹⁶, müßte sich auch – ohne daß sich die Regierenden hüben und drüben übernehmen oder verrenken – mehr Konsultation und paralleles Vorgehen machen lassen. Starke, selbstgerechte Worte können das nie und nimmer ersetzen.

Historische Versäumnisse sind nicht leicht wettzumachen. Ungenutzte Chancen lassen sich nicht beliebig wiederholen, nicht selten sind sie für immer dahin. Dürfen wir doch hoffen, daß es diesmal nicht so ist, sondern daß es in West und Ost Staatsmänner (und solche, die ihnen helfen) gibt oder geben wird, die wieder aufgreifen und – bevor es zu spät ist – erfolgreicher voranbringen, was Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eingeleitet worden war?

Doch machen wir uns nichts vor: Nicht allein wegen menschlicher Unzulänglichkeiten, sondern auch wegen des tatsächlichen Ablaufs militär-technischer Entscheidungen und Vorgänge (und nicht nur dieser) wird es immer schwieriger, Gefahren für den Frieden und für das Überleben der Menschheit zu kontrollieren und unter Kontrolle zu halten.

¹⁶ Diese Formulierung wurde vor allem vom Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker (1912-1994), gebraucht. Bundeskanzler Kohl (geb. 1930) hatte Honecker Ende November 1982 geschrieben, dass er diese Überzeugung teile. Vgl. Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 18.

¹⁷ Seit 1971 führte die Sowjetunion Programme zur substantiellen Modernisierung und Verstärkung ihrer weitreichenden Nuklearsysteme durch. In der Folge wurden seit Mitte der siebziger Jahre insbesondere neue atomare Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 stationiert, die auf Ziele in Westeuropa gerichtet waren. Die SS-20-Rakete stellte eine bedeutende Modernisierung gegenüber früheren Systemen wie der SS-4 und SS-5 dar. Sie verfügte über eine größere Reichweite, eine höhere Treffgenauigkeit sowie mobile Abschussrampen und konnte bis zu drei Atomsprengköpfe tragen (statt nur einen bei SS-4 und SS-5). Im Dezember 1979 fasste daher die NATO den so genannten Doppelbeschluss, Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau der SS-20 aufzunehmen zu wollen und im Falle des Scheiterns ab November 1983 amerikanische atomare Mittelstreckenraketen des Typs Pershing II (108 Stück) und Cruise Missile (464) in Westeuropa aufzustellen. Inwieweit Brandts Spekulation zutrifft, wer letztendlich die Entscheidung zur Entwicklung und Stationierung der SS-20 in der Sowjetunion verantwortete, muss offen bleiben. Helmut Schmidt (geb. 1918) sagte dazu am 23. Dezember 1999 in einem Interview für den Fernsehsender Phoenix: „Ich habe mich darüber mal in den neunziger Jahren lange mit Michail Gorbatschow unterhalten. Dem habe ich gesagt: ‚Sie waren doch damals schon Mitglied des Politbüros, als ihr diese Scheiß-Raketen, diese SS-20 entwickelt und produziert und aufgestellt habt, [...] was habt ihr euch eigentlich dabei gedacht? Da hat [...] Gorbatschow gesagt: ‚Ja wissen Sie, das ist im Politbüro nie debattiert worden. Den Beschluss hat das Militär gemeinsam mit dem alten Herren (da meinte er Breschnew) getroffen. [...] Er hat dann noch gesagt: ‚Ja, es ist dann später mal aufgekommen, aber dann hatten [Außenminister] Gromyko und [Verteidigungsminister] Ustinov [...] vorgetragen: ‚Das ist alles kein

Was ich jetzt anmerke, hat mir Breschnew nie direkt bestätigt, aber er hat es auch nicht bestritten: Die politische Führung, auch ihre Nummer Eins, wird erst zu einem gewissen Zeitpunkt davon erfahren haben, daß die militärische Führung eine ursprünglich anders konzipierte Zerstörungsmaschine zur berüchtigten SS-20 umgepolt hatte.¹⁷ Und ich füge hinzu: In zunehmendem Maße führt dieses Auseinanderklaffen von politischer Vorgabe und militärisch-technischer Entwicklung zu einer Umkehrung von Kompetenzen (nicht nur unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie) und letztlich dazu, was von Trägern politischer Verantwortung übernommen und eingesetzt wird von dem [sic], was technische Apparaturen vorgeben. Und dies gilt für beide Seiten – wenn es denn nur zwei Seiten sind, mit denen wir es zu tun haben.

Von Präsident Eisenhower, also noch aus den 50er Jahren, stammt der Hinweis auf das wachsende Gewicht dessen, was er den „military-industrial complex“ nannte.¹⁸ Den gibt es unabhängig davon, ob Zerstörungsmaschinen in privat- oder staatswirtschaftlichen Unternehmungen entwickelt und gefertigt werden. Der beträchtliche Einfluß von Geheimdiensten kommt hinzu. Auf der einen wie auf der anderen Seite gibt es Situationen, in denen der Vorrang der politischen Führung zur Fiktion wird, weil diejenigen objektiv stärker geworden sind, die an den Schalthebeln der Waffenentwicklung sitzen. Hinzu kommen die von den meisten noch nicht annähernd erkannten immensen Gefahren, die sich daraus ergeben müssen, daß es von einem banalen Fehler in der Datenverarbeitung abhängen kann, ob etwas inganggesetzt wird, woran viele Menschen oder große Teile der Menschheit überhaupt zugrundegehen. Und über die in ihren Konsequenzen noch kaum zu erfassende Militarisierung des Weltraums wird gewiß ohne hinreichende Sachkenntnis, vielmehr aufgrund von Zwangsvorstellungen entschieden.¹⁹

Problem, wir haben die Dinger und der Westen hat keine solchen Dinger, also was sollen wir verhandeln.‘ So wird es wohl gewesen sein. Das Militär hatte in den letzten Jahren von Breschnew eine zu große Rolle in Russland. Breschnew ist in seinen letzten Amtsjahren seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen gewesen.“ Die Zeit, Nr. 52 vom 30. Dezember 1999.

¹⁸ In seiner Abschiedsrede hatte der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower (1890-1969) am 17. Januar 1961 seine Landsleute vor einem „militärisch-industriellen Komplex“ gewarnt, der mit dem Kalten Krieg herangewachsen sei. Eine Interessenverbindung aus Berufsoffizieren und Rüstungsindustrie erstrecke ihren Einfluss auf alle Städte, Parlamente und Bundesbehörden im Land. Vgl. *Public Papers of the Presidents of the United States, Dwight D. Eisenhower. 1960-61, Washington D.C. 1961, S. 1038.*

¹⁹ Am 23. März 1983 hatte der amerikanische Präsident Ronald Reagan (1911-2004) seine Entscheidung verkündet, ein umfassendes und intensives Forschungsprogramm, die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI), mit dem Ziel zu etablieren, die Bedrohung durch atomar bestückte Raketen über ein im Weltraum installiertes Abfangsystem zu beseitigen.

Ich kann diejenigen gut verstehen, denen Angst und Bange wird, wenn sie sich klar machen, wovon hier die Rede ist. Und wenn sie Berichte über das heillose Durcheinander, ja das sachliche und personelle Chaos lesen oder hören, das dort anzutreffen ist, wo man die Schalthebel weltpolitischer Macht vermutet. Es gibt viel Grund zur Unruhe.

Begrenzte Macht wird von manchen als doppelte Ohnmacht empfunden. Mein Mitgefühl für die so Empfindenden hält sich in Grenzen. Falls Herrschaftslosigkeit möglich wäre, könnte ich das, wie man hier und da weiß, nicht unsympathisch finden. Mehr Eigenverantwortung statt Gängelei muß auch so möglich sein.

Die Erfahrungen der dreißiger und vierziger Jahre haben mich gehindert, Pazifist zu werden. Antimilitarist bin ich geblieben, und dabei stehe ich, mit meinen politischen Freunden, zur Bundeswehr und ihrem friedenssichernden Auftrag. Damit es keine Mißverständnisse gibt: Dies ist ohne die Verantwortung von Befehl und Gehorsam nicht darstellbar.

Doch kann es eine vernünftige Ordnung sein, die nicht zu verhindern weiß, daß Jahr für Jahr mehr als zwei Billionen DM für die weltweite Rüstung ausgegeben werden, während mit einem bescheidenen Teil dieser gewaltigen Mittel bewirkt werden könnte, daß Millionen von Menschen nicht mehr Hunger leiden müßten? Abgesehen davon, wenn man davon absehen dürfte, daß das Ausmaß der weltweiten Rüstungsausgaben zunehmend dazu beigetragen hat, die Weltwirtschaft zu belasten, zu lähmen.

Gipfelveranstaltungen in kitschig-idyllischer Aufmachung bei äußerst mageren Ergebnissen²⁰ stellen in den Augen vieler eine Zumutung dar. Die so in Erscheinung tretende Ohnmacht der Mächtigen ist nicht einmal tragisch zu nennen, sie ist einfach ärgerlich. Die Menschen brauchen nicht zu schweigen, wenn ihnen für minimale Leistungen ein immer größerer Aufwand zugemutet wird. Ganz zu schweigen von dem Empfinden eines Arbeitslosen!

Liegt nicht im übrigen in Worten wie „Macht“ und „die Mächtigen“ die Gefahr der Mystifikation? Gewiß, die Macht birgt Versuchungen und Fallen – auch unter den Bedingungen der politischen Demokratie. Sie tut es allein schon durch die Begleitumstände: man wird abgeschirmt, ist Schmeicheleien und gefilterten Nachrichten ausgesetzt, läßt lesen und läßt schreiben und womöglich nachdenken. Manchmal geht es auch gar nicht ohne, doch keinen läßt dies ganz unberührt.

²⁰ Brandt kritisiert den neunten Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industrienationen (G 7), der vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg/USA stattfand.

Dabei liegt mir doch sehr daran, dem Klischee entgegenzutreten, welches Macht – im Sinne von öffentlicher Verantwortung – pauschal denunziert, so daß am Ende nur eine Variation übrig bleibt auf das Lied von der Politik als einem garstigen, schmutzigen Geschäft. Das kann sie wohl sein, wir wissen es, für Lumpen und korrupte oder allzu unterwürfige Kreaturen. Recht begriffen aber ist sie eine Konsequenz aus der Verantwortung für unser Leben. Fragen wir also statt: ob oder nicht, besser: wie und wozu.

Daß es den Nazis und ihren Handlangern vor fünfzig Jahren gelingen konnte, sich die Macht zu erschleichen²¹, ohne auf ernstliche Gegenwehr zu stoßen, war auch das Resultat der Unfähigkeit, die Gegenkräfte zu bündeln. Bedauern wir es heute nicht, daß die Machtfrage damals gar nicht gestellt worden ist, solange es noch ging? Ich jedenfalls bedaure, daß die Herausforderung nicht angenommen wurde.

Gewiß, ich sehe die Tragik derer, die zu retten suchten, was nicht mehr zu retten war. Und die nicht zu Lasten anderer mutig sein mochten. Und doch darf man – dies lehrt unsere Geschichte – nicht der Frage ausweichen, daß es etwas kosten darf – Frieden hin, Frieden her –, wenn es um die Freiheit geht und das Leben von Millionen in Gefahr ist oder gar das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht.

Die Machtfrage im Ringen um Frieden und Freiheit hat nicht nur mit einer gepanzerten Hülle zu tun. Sie hat viel damit zu tun, ob man die Kraft der Idee so einzusetzen weiß, daß aus der ideellen auch materielle Gewalt wird.

Was damals geschah, als die Republik von Weimar sich selber aufgegeben hatte, wirkt bis heute fort. Wir hier in dem Land, das sich so schuldig gemacht hat, sollen nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Aber warnen dürfen, müssen wir, uns und die anderen. Die epochalen, geschichtsverändernden, der Menschlichkeit spottenden und die Menschheit herausfordernden Greuelthaten, die perfekte Mord-Maschinerie eines vermeintlichen Kulturstaats – das zeitigte Wirkungen nicht nur hier und in den überfallenen Ländern. Es hat die Welt verändert und sollte das Bewußtsein schärfen. Eine Wiederholung, auch eine anhaltende stupide Phantasielosigkeit würde die Menschheit kaum überleben.

Am Ende liegt die größte Gefahr vielleicht gar nicht mehr in dem, was Strategen und Machtausübende wollen oder nicht wollen. Sie liegt – ich deutete es an – darin, daß die Zerstörungsapparate, ob in Ost oder West, in Wahrheit uns beherrschen, nicht wir sie. Sie verselbständigen sich, entziehen sich menschlicher, politischer Kontrolle. Es braucht vielleicht das aktiv Böse gar nicht mehr, die Banalität selbst tritt

²¹ Am 30. Januar 1933 war Adolf Hitler (1889-1945) von Reichspräsident Paul v. Hindenburg (1847-1934) zum Reichskanzler ernannt worden.

an seine Stelle. Die Gefahr wächst, daß am Ende steht eine Kettenreaktion von Zufällen, Halbbewußtheiten, vermeintlichen Zwängen.

Der Vorgänger des gegenwärtigen Präsidenten der USA²² äußerte sich gegen Ende seiner Amtsperiode mit verblüffender Deutlichkeit über diese Gefahren. Daß Inhaber von Macht nicht selten erst dann über Fehlentwicklungen laut nachdenken, wenn sie ihre Position nicht mehr innehaben, mag man beklagen. Daran Anstoß zu nehmen, erschiene mir töricht. Es ist besser, zu erkennen und zu warnen – auch in einiger zeitlicher Verschiebung – als ohne Einspruch hinzunehmen, daß gravierende Fehler weiterwuchern und wiederholt werden.

Dennoch: Eine umständliche Prozedur, die nach Kräften vereinfacht werden sollte. Schon Albert Einstein beklagte, daß die Atombombe alles verändert habe, außer das Denken der Menschen.²³ Allzu vielen gilt es geradezu als ein Ausweis von Charakterstärke, sich – oder das, woran er mitgewirkt hat – nicht zu korrigieren. Und ich kann ein Lied davon singen, daß gebotene Korrekturen einem nicht leicht gemacht werden.

Da wird dann nicht selten nach dem gerufen, der den gordischen Knoten durchhauen könne.²⁴ Aber möglicherweise verhält es sich mit diesem Knoten anders, als es viele verstehen. Vielleicht sagt der berühmte Orakelspruch²⁵ sehr viel mehr aus über die Mühsal, ein Ziel zu erreichen, als daß er als Rat zum vorschnellen „Durchhauen“ verstanden werden dürfte.

Das Projekt Moderne, dem wir viel verdanken, ist an einem Punkt angelangt, der die in ihm liegende Problematik auf mannigfaltige Weise deutlich werden läßt: Ob es der Wahnsinn des Wetttrüstens ist. Oder die Zukunft der Arbeit. Oder die fortschreitende, eines Tages nicht mehr umkehrbare Zerstörung der Natur. Oder das wachsende Elend in den ausgepowerten Teilen der Erde. Zusammen genommen: die heutigen Formen von krasser Verelendung.

²² Vorgänger Präsident Reagans war von 1977 bis 1981 Jimmy Carter (geb. 1924).

²³ Der Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein (1879-1955) schrieb im Mai 1946 als Vorsitzender des Emergency Committee of Atomic Scientists: „Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweise. Auf diese Weise gleiten wir einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll.“ Zitiert nach Bernhard Moltmann (Hrsg.): *Perspektiven der Friedensforschung*, Baden-Baden 1988, S. 18.

²⁴ In der Stadt Gordium soll 333 v. Chr. Alexander der Große (356-323 v. Chr.) mit seinem Schwert den Knoten zerschlagen haben, der am Joch eines Wagens so befestigt war, dass man weder dessen Anfang noch dessen Ende bemerken konnte. Viele hatten sich zuvor vergeblich bemüht, den Knoten zu entwirren. Ein Orakel besagte, wer den Knoten löse, würde Asiens Herrschaft erhalten.

²⁵ Vgl. Anm. 24. Gemeint sein könnte hier aber auch das Orakel von Delphi, die berühmte griechische Pilger- und Weisungsstätte des antiken Griechenlands. Der Überlieferung zufolge soll am Eingang des Tempels von Delphi der Spruch „Erkenne dich selbst“ angebracht gewesen sein.

Eins hängt mit dem andern zusammen. Und in jeder dieser Entwicklungen zeigt sich das Wirken einer zu kurz greifenden, zu oberflächlichen, technizistischen Vernunft, einer Vernunft, die keine ist, weil sie die Humanität, der Ausrichtung auf das Gedeihen der Gattung entbehrt. Die Antwort darauf kann nicht sein: keine Vernunft mehr und stattdessen Irrationalismus, Wirklichkeitsflucht. Das Projekt Moderne, es ist ja auch der Versuch, das Leben der Menschen weniger bedrückend zu machen, menschenwürdiger, verantwortlicher.

Für das, was erreicht wurde, wurden Kämpfe ausgefochten, Rückschläge noch und noch erlitten. Alles bewegt sich, wenn überhaupt, in Widersprüchen vorwärts. Auch heute wird der Fortschritt in Wahrheit nicht auf dem Reißbrett gemacht. Wenn die Menschen sich nicht aufgeben, läßt er sich auch nicht auf dem Reißbrett verhindern. Die naive Vorstellung, einer aufgeblasenen Industriegesellschaft sei alles möglich, hat sich als Illusion entpuppt. Selbst wenn wir den Mammon hätten, könnten wir uns von der Verantwortung nicht freikaufen.

Man wird alle humanitären Kräfte einbringen müssen, nicht nur einen Haufen Geld und Apparaturen und Waren, wenn man die Weltkrise meistern will. Bei allem Verwirrenden, manchmal fast hoffnungslos Erscheinenden, das uns so beharrlich begleitet, darf man nicht aus den Augen verlieren, worum es geht: Es geht um Frieden und Arbeit, um Arbeit und Frieden, ohne den alles andere nichts sein kann, weil die Schöpfung so nicht bewahrt werden wird.

Die Aufgaben für eine menschenachtende Politik haben nicht abgenommen, im Gegenteil: solange Menschen verhungern und in Folterkellern geschunden werden, solange es Klassenbarrieren gibt und Rassismus und Diskriminierung von Frauen – solange ist noch sehr viel Fortschritt nötig. Und dann wohl auch öffentliches Bewußtsein, das mobilisiert und gesellschaftlicher Einfluß, also Macht, die dafür eingesetzt werden kann.

Wo bleibt die Vernunft, die zerstörerische Macht in ihre Schranken zu weisen? Wo bleibt die Einsicht in die Lebensnotwendigkeit der Selbstbeschränkung, wo anders ungezügelter Entfaltung das Unheil produzieren muß und absehbar macht? Das große Projekt Moderne, mit dem Streben nach Menschenwürde in einem vor Unterdrückung bewahrten Leben hängt in seiner Bewährungsprobe von der Antwort auf diese Fragen ab.

Wir haben die Macht – in unserer Art politischer Ordnung und im Zusammenwirken mit anderen – eine bessere Zukunft gestalten zu helfen. Auch dadurch, daß wir mehr

Demokratie wagen.²⁶ Das ist das Selbstverständnis einer Macht, die sich selbst auch als Gegenmacht versteht, und zwar gegenüber einem von Wahlen wenig erreichten Establishment bürokratischer, ökonomischer, meinungsbildender Kräfte.

Ich habe erfahren, daß dem, der öffentliche Verantwortung und damit auch Macht übertragen bekommt, sehr bald jene in den Weg treten, die ein vor-demokratisches Verständnis vom Staat geerbt haben und auf ihre Weise konservieren. Manchmal kam man sich vor, als säße man nicht im Cockpit, sondern im Flugsimulator. Die Statthalter der großen Interessen dieser Welt schienen nicht eben gewartet zu haben auf Leute, die sich vorgenommen hatten, Reformen durchzusetzen.

Da zeigte sich bald: Regierungsmacht bedeutet noch nicht, daß man leichten Zugang hat zu weiten Bereichen der wirtschaftlichen, technischen, militärischen Entwicklungsbestimmung. Die Strukturen sind nicht so, auch anderswo nicht, und im Osten sehe ich erst recht nicht die Alternative. Wenn ich an den Streit um die Ostverträge denke: Da fehlte nichts – von den halb-juristischen Barrikaden, über die Börsartigkeiten einiger ungetreuer Staatsdiener, das Aufgebot mächtiger Medien, bis zum Kleinmut in den eigenen Reihen.²⁷

Auch die Warnung vor vermuteter Erpreßbarkeit gab es schon damals.²⁸ Aber erpreßt werden kann nur, wer sich erpressen läßt. Das ist durchaus nicht nur eine Frage oberflächlicher Macht. Sonst hätte zum Beispiel Berlin sich nicht behaupten können.

Eine akute Gefährdung liegt darin, daß man die Entspannungs- und Ostpolitik verlottern läßt. Verstehen und Vertrauen werden nur schwer gewonnen, aber leicht verspielt. Und wenn man eine gewisse Differenziertheit, Komplexität auch im anderen weltpolitischen Lager unterstellt: Es geht ja gerade um das Vertrauen derer, die über den Willen zur Kalkulierbarkeit des gegenseitigen Risikos hinausdenken.

Ich kann nicht sagen, daß ich mich je besonders mächtig gefühlt hätte. Aber die dünne Luft der Vereinsamung hat mir wohl zu schaffen gemacht. Ganz auf mich gestellt und doch nicht allein fühlte ich mich an jenem Dezembertag in

26 Brandt zitiert seine erste Regierungserklärung als Bundeskanzler vom 28. Oktober 1969. Vgl. *Berliner Ausgabe*, Bd. 7: *Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974*, bearb. von Wolther v. Kieseritzky, Bonn 2001, Nr. 36.

27 Im Frühjahr 1972 konnten der Moskauer und der Warschauer Vertrag von 1970 nur nach langem Streit und mit großen Mühen im Deutschen Bundestag ratifiziert werden. Gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 reichte das Bundesland Bayern Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Insbesondere die Springer-Pressen machte gegen die Ostverträge Front.

28 Dass die Sowjetunion die Bundesrepublik erpressen könne, wenn das beiderseitige Verhältnis zu eng und gleichzeitig die europäisch-transatlantischen Beziehungen Bonns gelockert würden, war eine immer wieder vorgetragene Warnung von CDU und CSU.

Warschau, als ich empfand, wie unzulänglich es sein würde, am Ghetto-Mahnmal nur den Kranz niederzulegen.²⁹ Doch um ein Gefühl von Ohnmacht handelte es sich auch nicht. Die Knie zu beugen, das war Ausdruck vorübergehender, relativer Macht im Dienst der Versöhnung und – so es geht – eines neu zu schaffenden Vertrauens zwischen Polen und Deutschen, Juden und uns anderen.

Als Schwäche mochte das von denen denunziert werden, die es nicht zulassen wollten, daß einer ausbricht aus den Regeln der in der Macht Etablierten.³⁰ Wer Macht in diesem Sinn versteht und nutzen will, der stößt auf harte Hindernisse. Erschöpfung und Mutlosigkeit bleiben nicht aus. Als Tragik allerdings kann ich das verwickelte Erlebnis von Macht und Ohnmacht nicht empfinden: Das hieße ja eine schicksalhafte Notwendigkeit des Scheiterns zu unterstellen, bedeutete Resignation und Fatalismus. Mein Freund Günter Grass hat in seiner bemerkenswerten Rede zum Dürer-Jahr 1971 davon gesprochen, wie „Melancholie und Utopie sich wechselseitig befruchten“. Er sprach von einer sich selbst begreifenden, aus Erkenntnis gewachsenen Melancholie, ja, sogar von der „Komik des Scheiterns“. ³¹ In der Tat: unterschätze man nicht die Bedeutung von Ironie, Selbstironie, wenn die Macht menschlich bleiben soll.

Und die Selbstbegrenzung der Macht: Im selben Jahr wie Grass hatte ich, aus besonderem Anlaß, in Oslo zu reden. „Ich glaube an die Vielfalt und also an den Zweifel“, sagte ich damals. „Er ist produktiv. Er stellt das Bestehende in Frage. Er kann stark genug sein, versteinertes Unrecht aufzubrechen. Der Zweifel hat sich im Widerstand bewiesen. Er ist zäh genug, um Niederlagen zu überdauern und Sieger zu ernüchtern“. ³² Ich habe nichts davon abzustreichen.

Lernen wir, die Macht des kritischen Abwägens als schöpferische Kraft innerlich zu akzeptieren. Unsere Gesellschaft kann nicht mitgestaltend und selbstverwaltend

29 Bei der Kranzniederlegung am Mahnmal für die im Warschauer Ghetto von SS-Einheiten im Jahre 1943 ermordeten Juden kniete Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 spontan nieder. Das Foto dieser großen Geste ging um die ganze Welt.

30 In der deutschen Öffentlichkeit war der Kniefall damals sehr umstritten. Eine Umfrage des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ kam zu folgendem Ergebnis: „Für angemessen halten das Verhalten Brandts am Getto-Ehrenmal 41 Prozent der Befragten, als übertrieben bezeichnen es 48 Prozent“, in: *Der Spiegel*, Nr. 51 vom 14. Dezember 1970, S. 27.

31 Günter Grass (geb. 1927) sprach im Mai 1971 in Nürnberg zum Dürer-Jahr. Vom Stillstand im Fortschritt. Variationen zu Albrecht Dürers Kupferstich „Melencolia I“, in: *Günter Grass, Essays und Reden II, 1970-1979*, hrsg. von Daniela Hermes, Göttingen 1997 (Günter Grass: Werkausgabe, hrsg. von Volker Neuhaus und Daniela Hermes, Bd. 15), S. 132-153.

32 Brandt zitiert aus seiner Rede vom 11. Dezember 1971 an der Osloer Universität. Tags zuvor war er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Willy Brandt: *Friedenspolitik in unserer Zeit*, in: *Europa-Archiv* 27 (1972), 2, S. D 25–D 35.

genug sein, und es kann gar nicht genug selbstbewußte Kritiker und Förderer ihrer Entwicklung geben. Um den richtigen Weg, Schwierigkeiten zu bewältigen, wird zu ringen sein. Aber halten wir fest, daß der richtige Weg bestimmt nicht gefunden wird, wenn keine Bereitschaft zum Zweifel, zur Kurskorrektur – ich habe nicht „Wende“³³ gesagt! – vorhanden ist.

Ich verstehe den Zweifel an der Arbeitshypothese, die zum Dogma erhoben wurde: militärisches Gleichgewicht sei die Voraussetzung für den Frieden. Akzeptieren wir getrost einmal die Vermutung, der Versuch zu verhindern, daß eine Seite zu deutlich Übergewichtig ist, habe besorgt, daß wir in diesem Teil der Erde eine recht lange Zeit des Friedens hinter uns haben. Eine solche Vorstellung lag ja auch der Entspannungspolitik mit zugrunde. Inzwischen wird offenbar, wie fragwürdig überkommenes Gleichgewichtsdenken ist. Was soll Gleichgewicht eigentlich bedeuten, wenn es sich auf beiden Seiten in Form von vielfachen Overkill-Kapazitäten³⁴ darstellt – bei beiden Supermächten mit dem zerstörerischen Gegenwert von weit über einer Million Hiroshima-Bomben!³⁵

Die Idee, daß einer beim Angriff auf den anderen riskiert, selber schwersten Schaden davonzutragen,³⁶ mag ja was für sich haben, die abstrusen Auswüchse von Abschreckungs- und Vergeltungsdenken sind es nicht. Die Zweifel an den Thesen und Hypothesen nehmen zu, das Verlangen nach neuen Strategien der Sicherheit wächst, so auch der Wunsch, daß Europa zu sich selbst fände.

Wo indes gar nicht ernsthaft verhandelt wird, fordert das mehr als Zweifel heraus. Da muß man mit der Kraft der Überzeugung und mit dem Ja zum Leben aufbegehren gegen bedrückende Unvernunft auf hoher Ebene. Dazu zu schweigen, dient nicht dem Frieden, also auch nicht den deutschen Interessen. Das Bündnis im ganzen könnte ernststen Schaden leiden. Ich bin dafür, den Druck auf die Verhandelnden nicht aufzugeben, also die Verhandlungen selbst nicht abzuschreiben.³⁷

33 *Brandt spielt damit auf die Ankündigung von Bundeskanzler Kohl vom Oktober 1982 an, der den damaligen Regierungswechsel in Bonn als „geistig-moralische Wende“ bezeichnete.*

34 *In so genannten „Overkill-Kapazitäten“ wurde das atomare Zerstörungspotenzial der Supermächte gemessen. Es war auf beiden Seiten ein Vielfaches dessen, was zur einmaligen Vernichtung des Gegners ausreichte.*

35 *Auf das japanische Hiroshima war am 6. August 1945 die erste Atombombe in einem Krieg abgeworfen worden.*

36 *Die atomare Abschreckungslogik gründete sich auf der „gegenseitig garantierten Vernichtung“ (mutually assured destruction, MAD). Ein potenzieller Angreifer würde durch die unverwundbare atomare Zweitschlagskapazität der gegnerischen Macht von einem Angriff abgeschreckt werden.*

37 *Brandt kritisiert den aus seiner Sicht mangelnden Verhandlungswillen der beiden Supermächte, die seit 1981 erfolglos in Genf über die Begrenzung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa verhandelten. Siehe auch Anm. 17.*

Illusionen sind nicht am Platze. Sind nicht die gefährlichen Illusionisten heute jene, die unter Berufung auf ihren Realismus einfach das Spiel mit dem Wettrüsten weiterlaufen lassen? Gefordert ist eine neue Art von Realismus, der die Sorgen der Menschen und die Verantwortung gegenüber eigenem Erbe und gemeinsamer Zukunft gleichermaßen ernst nimmt. Hierfür lohnt es, die Macht der vielen aufzubieten, die guten Willens sind.

Im Buch lesen wir: Jona gab der Stadt Ninive eine Gnadenfrist von vierzig Tagen – bis zu ihrem angedrohten Untergang. Wie mag es mit der Frist stehen, die uns, die dem Frieden in unserer Zeit gesetzt ist! Die Jona-Geschichte endet mit der Verschonung der assyrischen Stadt aufgrund von Umkehr. Werden die Mächtigen unserer Tage noch umkehren können?

Wir müssen – so wir können – ihnen dabei helfen, wo immer im Leben der Gemeinschaften und damit der Gesellschaft unser Platz ist: wir müssen darauf drängen, daß in Genf und sonstwo doch noch ernsthaft verhandelt wird. Nachverhandeln ist besser als die Rüstungsspirale weiter hinaufschnellen zu lassen. Wenn die beauftragten Unterhändler nicht weiterkommen, müssen die politisch Hauptverantwortlichen selber an den Tisch! Sonst sorgen sie dafür, daß das Nein zu immer mehr Raketen immer machtvoller wird. Im übrigen: Ob Afghanistan³⁸ oder Naher Osten³⁹, ob Polen⁴⁰ oder Türkei⁴¹, ob Südafrika⁴² oder Lateinamerika⁴³ – wir dürfen nicht schweigen, wo die Mächtigen Unrecht bewirken und wo außerdem noch der Ost-West-Konflikt in immer weitere Teile der Dritten Welt exportiert wird. Stattdessen ist es dringend geboten, mit der Umlenkung von Mitteln zu beginnen: von der weltweiten Rüstung hin zur Förderung produktiver Aufgaben.

Unseren Bündnispartner USA muß man von der verhängnisvollen Politik – ob gegenüber Nicaragua oder El Salvador – abbringen, die auf der abwegigen Annahme beruht, soziale Krisen ließen sich immer noch mit den Mitteln oligarchischer und militärischer Macht lösen. Das Recht und die Pflicht, uns einzumischen, erwächst

38 *Sowjetische Truppen waren im Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert.*

39 *Israelische Truppen hatten 1982 mit amerikanischer Unterstützung im Libanon interveniert, seit August 1982 waren auch US-Truppen dort stationiert.*

40 *In Polen war im Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängt worden, um die kommunistische Herrschaft zu sichern. Das Kriegsrecht wurde im Juli 1983 aufgehoben.*

41 *Im NATO-Mitgliedsland Türkei herrschte seit September 1980 nach einem Putsch das Militär, das die Macht erst 1984 wieder abgab.*

42 *In Südafrika unterdrückte noch immer eine weiße Regierung mit dem rassendiskriminierenden System der Apartheid die schwarze Bevölkerungsmehrheit des Landes.*

43 *Zahlreiche Bürgerkriege (z.B. in El Salvador und Nicaragua), aber auch Militärdiktaturen (z.B. in Chile und Bolivien) prägten das Bild Lateinamerikas zu Beginn der achtziger Jahre, wobei sich die Kritik vor allem*

gleichermaßen aus Moral und Vernunft. Deshalb kann ich mich nicht allein mit der östlichen Seite kritisch auseinandersetzen. Wir wissen, daß sich an der Frage, wie der Nord-Süd-Konflikt weiter behandelt wird, unser eigenes Schicksal entscheidet.⁴⁴

Weit entfernt von jeder Götzenanbetung, gerade was die Macht angeht, ist mir doch kein Weg ersichtlich, anders unseren hilfreichen Beitrag zu leisten, als durch die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen. So verlockend das Gegenteil für den Frieden mancher ‹Seele›⁴⁵ ist – es führt zu keinem vernünftigen Ende. Das zeigen uns nicht nur die Jahre nach 1933, sondern auch die Erfahrungen mit der Teilung Europas und unseres eigenen Landes. Es gibt keine machtfreie Idylle, schon gar nicht im Raketenzeitalter, im Zeitalter der Verflechtung, das ironischerweise im Atom sein Symbol gefunden hat. Ohne Kontrolle wird es ein würdiges Überleben nicht geben, vermutlich auch nicht ohne ein kraftvolles Aufbegehren gegen die vielfachen Gefahren der Atomisierung. Es kommt sehr darauf an, sich nicht zwischen den Mühlsteinen ungeprüfter Abergeschichte, überkommener Denkgewohnheiten und antiquierter Krisenmanagements – gar noch mit der Zielrichtung eines gesellschaftspolitischen Roll-back – zerreiben zu lassen. Leicht wird das nicht sein, aber es ist nötig.

Diejenigen, die ein bißchen modern tun und im übrigen auf die alten Rezepte schwören – wie eh und je – haben nicht die Stärke der Argumente für sich. Mehr Demokratie wagen, sich einmischen, Engagement zeigen – das bleibt ein vernünftiges, ein gültiges Ziel.

Die Front der Friedensengagierten, der Reformwilligen, der von der Macht-Kontrolle Überzeugten hat noch viel vor sich. Was die Bürger vor Ort zum Ausdruck bringen und selbst in die Hand nehmen, kann die repräsentative Demokratie ergänzen und beleben. Doch eine Alternative zur Politik auf Regierungsebene ist dies nicht. Gerade wo es um die Sicherung des Friedens geht: Auch die stärksten Bürgerbewegungen können die Aufgaben von Parlament und Regierung nicht übernehmen, wohl aber begleiten, fördern, ergänzen, auch korrigieren helfen. Die Bewegungen für Frieden und für Abrüstung in Ost und West sollen sich verstärkt Gehör verschaffen, sie sollen es weiterhin gewaltfrei tun.

an der Reagan-Administration entzündete, die rechtsgerichtete und meist undemokratische Kräfte mit Waffen unterstützte. Siehe unten.

⁴⁴ Von 1977 bis 1983 hatte Brandt die Arbeiten der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) geleitet, die im Februar 1980 und Februar 1983 zwei Berichte zu Stand und Zukunft der Entwicklungspolitik vorgelegt hatte.

⁴⁵ In der Vorlage hs. korrigiert aus: „Sache“.

Ich habe vor einer Mystifikation der Macht gewarnt. Ebenso warne ich davor, sich über das Illusionen zu machen, was Bürgerprotest unmittelbar bewirken kann. Begeben wir uns nicht der Möglichkeiten, auch „von oben“ zu kontrollieren und zu konterkarieren, wo das nötig ist. Friedenspolitik muß vermitteln, muß in Zeiten drohender Konfrontation Brücken schlagen, Brücken des gemeinsamen Interesses, muß Vertrauen schaffen. Aber die Bereitschaft zum inneren Frieden, nicht nur zum äußeren, darf nicht als Schützenhilfe für Kräfte der Erstarrung mißverstanden und mißbraucht werden.

Moral, immer neu zu erwerben, muß sich in der Welt bewähren, nicht im Traum. Aber ohne Traum geht die Moral zugrunde. Es gibt keinen Realismus ohne Traum. Dies ist eine Zeit äußerster Gefährdung und einer Art Gnadenfrist, nicht der Sicherheit.

Der Aufschrei draußen dringt allzu selten – und wenn, dann nur unvollständig – zu den Zentren der Macht. Die Umgebung – ich erwähnte es – schirmt ab, interpretiert auch manchmal ganz anders, als es der Wahrheit zuliebe und der Zukunft wegen geboten wäre. Und doch dürfen wir nicht aufgeben zu hoffen, daß die Mächtigen den Ruf zur Umkehr hören. Jedenfalls: Helfen wir uns gegenseitig, machen wir uns Mut. Umkehr zum Leben?⁴⁶ Ja!

Liebe junge Freunde! Ich weiß, was wir Älteren Euch und Euren Kindern schuldig sind: Niemandem nach dem Munde reden, und doch ein wenig Zuversicht vermitteln – bei aller Sorge und allem Zweifel die Tatkraft nicht erlahmen lassen. Die Welt ist schrecklich kompliziert geworden. Sie nicht zur Hölle werden zu lassen, das besorgen nicht automatisch oder überhaupt die Mächtigen dieser Erde. Der Friede, der das Überleben bedeutet, ist uns allen anvertraut. Und ich möchte mich dafür gern noch eine Weile in die Pflicht nehmen lassen.

⁴⁶ Der Evangelische Kirchentag in Hannover vom 8. bis 12. Juni 1983 stand unter dem Motto „Umkehr zum Leben“.

■ **SCHRIFTENREIHE
DER BUNDESKANZLER -
WILLY - BRANDT - STIFTUNG**

- Heft 1 **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8
- Heft 2 **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6
- Heft 3 **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4
- Heft 4 **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2
- Heft 5 **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur
Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0
- Heft 6 **Carsten Tessmer (Hrsg.): Das Willy-Brandt-Bild in
Deutschland und Polen**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-05-9
- Heft 7 **Einhart Lorenz (Hrsg.): Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7
- Heft 8 **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5
- Heft 9 **Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3
- Heft 10 **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und
die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1
- Heft 11 **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

■ **WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE**

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von
Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Bände sollen eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte – durchaus auch mit kritischen Akzenten – in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände – in Hardcover mit Schutzumschlag – umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940
Bearb. von Einhart Lorenz, ISBN 3-8012-0301-8 (liegt vor)

Band 2 Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, ISBN 3-8012-0302-6 (liegt vor)

Band 3 Berlin bleibt frei

Politik in und für Berlin 1947–1966
Bearb. von Siegfried Heimann, ISBN 3-8012-0302-6 (liegt vor)

Band 4 Auf dem Weg nach vorn

Willy Brandt und die SPD 1947–1972
Bearb. von Daniela Münkler, ISBN 3-8012-0304-2 (liegt vor)

Band 5 **Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972–1992

Bearb. von Karsten Rudolph, ISBN 3-8012-0305-0 (liegt vor)

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974

Bearb. von Frank Fischer, ISBN 3-8012-0306-9 (erscheint im März 2005)

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, ISBN 3-8012-0307-7 (liegt vor)

Band 8 **Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt

ISBN 3-8012-0308-5 (erscheint im März 2006)

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982

Bearb. von Frank Fischer, ISBN 3-8012-0309-3 (liegt vor)

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992

Bearb. von Uwe Mai, ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint 2007)

■ **S O N S T I G E
V E R Ö F F E N T L I C H U N G E N**

Willy Brandt 1913 – 1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.

Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913 – 1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz. Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert

(gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)

Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002

herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

■ **D I E B U N D E S K A N Z L E R -
W I L L Y - B R A N D T - S T I F T U N G**

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen. Willy Brandt 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

■ B I L D N A C H W E I S

Cover: Konrad R. Müller
dpa (Steiner): S. 16
Poly-Press, Bonn: S. 19, 23
© aller übrigen Fotos bei der BWBS



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Glötz, Peter: Willy Brandts Charisma: Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin,
7. Oktober 2004**

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt...].

1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2004

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 11)

ISBN 3-933090-10-5